

COP17: Biodiversität gelingt ganzheitlich, Deutschland stückelt und schraubt zurück

Berlin, 29.10.2026: Die COP17 könnte erneut ohne starke Vereinbarung zum Schutz der Biodiversität enden. Sinkt die Artenvielfalt, steigt die Gefahr für Wirtschaft und Wertschöpfung. Auch die Bundesregierung tut zu wenig.

„Die Hälfte der weltweiten Wertschöpfung hängt moderat bis stark an Naturleistungen, so das Weltwirtschaftsforum. Trotzdem lassen Regierungen weltweit zu, dass die Biodiversität weiter abnimmt und sich das Artensterben beschleunigt. Auch Deutschland macht seine Hausaufgaben nicht. Das Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur kommt nicht ins Kabinett, der Klimaschutzbericht wird nicht vorgelegt, klimaschädliche Subventionen nicht abgebaut“ so Prof. Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Nachhaltige Wirtschaft e.V.

2,5 Prozent Verlust – jährlich

Der jährliche [Living Planet Report 2026](#) des WWF stellt zuletzt fest, dass die Wildtierpopulationen zwischen 1970 und 2022 um 73 Prozent abgenommen haben. Das entspricht einem Rückgang um jährlich 2,5 Prozent. Gleichzeitig zeigt der Report, eine Erholung einzelner Tierbestände ist möglich, wenn die richtigen Maßnahmen getroffen werden. Eine Studie der [Universität Bristol](#) aus dem Frühjahr 2026 betont dabei, dass nicht nur eine einzige Bedrohung, wie zum Beispiel der Verlust des Lebensraumes, angegangen werden muss. Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, der ebenso die Verschmutzung, den Klimawandel und invasive Arten mit einbezieht.

2022 schloss die UN- Biodiversitätskonferenz mit dem Ziel, bis 2030 weltweit 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche unter Naturschutz gestellt zu haben. Auch die europäische Biodiversitätsstrategie verfolgt dieses Ziel. Laut Bundesamt für Naturschutz gelten aber nur [6,6%](#) der deutschen Flächen als Naturschutzgebiete und [15,5%](#) als Natura 2000 Gebiete. Die Auswertung des Bundesamtes zeigt auch: 58% aller Naturschutzgebiete sind kleiner als 50 Hektar und damit weiter äußeren Einflüssen wie Wasserentnahme und Nährstoffeinträgen ausgesetzt.

Mehr Tempo für Teer und Beton

Ursprünglich wollte die Bundesregierung diese Thematik mit dem Gesetz zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur angehen. In Kombination mit dem Infrastruktur-Zukunftsgesetz sollte so der beschleunigte Ausbau von Brücken, Bahnstrecken und Straßen einhergehen mit einem verbesserten Schutz der Umwelt. Doch während das Infrastruktur-Zukunftsgesetz bereits seit Sommer beschlossen ist, fehlt vom Gesetz zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur weiter jede Spur. In den Verhandlungen ist das Gesetz zudem immer weiter entkernt worden.

“Dass Infrastrukturvorhaben ihre Eingriffe in die Natur künftig per Ersatzgeld ausgleichen können, statt erst lange nach Ausgleichsflächen zu suchen, ist für schnellere Verfahren nachvollziehbar. Die Abmachung war aber eine andere: Das Gesetz zur Stärkung der Natürlichen Infrastruktur sollte das Ersatzgeld um 20 Prozent erhöhen und dafür sorgen, dass es dort ankommt, wo die Natur es braucht. Schon im Entwurf hat die Bundesregierung das Bundeslandschaftsprogramm gestrichen, das geeignete Flächen dafür bundesweit erfasst hätte. Seit dem Sommer liegt nun das ganze Gesetz auf Eis. Kommt es nicht, bekommt die graue Infrastruktur ihre Beschleunigung zum Nulltarif, und die grüne geht leer aus“ so Joshua Kimmerle, Referent für Energie und Ernährungswirtschaft des BNW.

Kein Klimaschutzbericht, keine Folgenabschätzung

Problematisch ist nicht nur die mit der Infrastruktur verbundenen Flächenversiegelung, bei der Deutschland mit [52 Hektar](#) pro Tag weiter deutlich über der Zielmarke von 30 Hektar liegt, problematisch ist auch eine möglicherweise falsche Nutzung der Infrastruktur. Die Bundesregierung will Gasheizungen über eine Grüngasquote weiterbetreiben. Damit entsteht eine Nachfrage nach Biomethan, die heimische Rest- und Abfallstoffe absehbar nicht decken können. Schon heute stammen über 40 Prozent des Biomethans aus Mais. Die Folge wären mehr Monokulturen und ein harter Schlag für die Biodiversität. Wie viel Fläche das kostet, kann die Bundesregierung nicht beziffern. Die Biomassestrategie, die genau das klären sollte, hat sie gestoppt.

Ohne Klimaschutzbericht fehlt auch die Prüfung klimaschädlicher Subventionen, über die die Bundesregierung 2026 berichten wollte. Wie dringend sie wäre, zeigt der Zwischenbericht zur COP17: Beim Abbau schädlicher Subventionen kommen die Vertragsstaaten weltweit am wenigsten voran. Deutschland geht sogar in die Gegenrichtung. Die Agrardiesel-Rückvergütung steht auf der eigenen Prüfliste, trotzdem hat die Bundesregierung sie zum Jahresbeginn wieder in voller Höhe eingeführt. Der BNW fordert, die Prüfung endlich vorzulegen und auf biodiversitätsschädliche Subventionen auszuweiten. Freiwerdende Mittel gehören dorthin, wo Betriebe Böden, Wasser und Artenvielfalt erhalten: in eine planbare Honorierung von Naturkapital. Wer Naturkapital aufbaut, senkt die Folgekosten für alle.

„Wir steuern auf eine Welt mit bis zu 2,8 Grad Erwärmung zu. Die Folgen sind ein beschleunigtes Artensterben, der Verlust von Lebensräumen und gestörte natürliche Kreisläufe. Zuletzt warnten [CSU-Bürgermeister im Bayerischen Wald](#) davor, dass ihren Gemeinden schon diesen Winter das Trinkwasser ausgehen könnte. Die Zeit zu Handeln ist jetzt und dafür braucht es internationale Allianzen. Ansonsten drohen uns [bis 2050 zwischen 280 und 900 Milliarden Euro](#) an gesamtwirtschaftlichem Schaden. Wer aber mit der Grüngasquote noch mehr Mais in die Gasheizung schickt und zugleich die Biomassestrategie beerdigt, befördert Monokulturen und Landnutzungsänderungen im In- und Ausland. Dabei sind Böden unsere wichtigste Ressource: Sie halten Wasser in der Landschaft und sichern die Artenvielfalt. Wer sie nicht schützt, kann bei der COP zur Biodiversität nicht als glaubwürdiger Akteur auftreten“, so Reuter abschließend.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Joscha Frost

Pressereferent

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

[Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.](#)

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Innovationen ein. Der Verband steht mit seinen Mitgliedern für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand und Familienunternehmen sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>